



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924**  
**1919**

349 (1.8.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186635](#)

# Mannheimer General-Anzeiger

Haushaltungsleitung: Dr. Fritz Goldbaum, Verantwortlicher für Politik: I. D.; R. Schäferleben, für Finanzen: I. D.; R. Maderer, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil; R. Schäferleben, für Kunst: Franz Wirsching, für Auslagen: Anton Grieser. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Heinz Meissner, General-Anzeiger G.m.b.H., Simmler in Mannheim. Drucksatze: General-Anzeiger Mannheim, Deutschen-Mosse Nr. 17590 Karlsruhe in Baden. — Herausgeber: Stadt Mannheim. Nr. 7920—7955.

## Badische Neueste Nachrichten Amtliches Verkündigungsblatt

Ausgabezeitung: Die Uppolt, Kielstraße 20 Pf., Mannheim und Bayreuth vom Verleger der Badischen Zeitung 60 Pf., Reichenbach 20 Pf., Sonnabendzeitung: Mittwochblatt vorzeitig, 14 Uhr, Abendblatt nachmittags 25 Uhr. Für Ausgaben an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Darbringung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich 11. 250 mit Bringerlohn. Postbezug: Die Zeitung 11. 7. 92 einschl. Aufstellungsgesetze. Bei der Post abgeholt 11. 7. 30. Einzel-Bl. 10 Pf.

### Nationalversammlung.

**Weltmar.** 1. Aug. (Von uns. Vertreter.) Mit einer außerordentlichen schwach besetzten Sitzung ist die Nationalversammlung heute in eine lange Pause eingetreten. Die Beratungen werden am Dienstag nachmittag wieder beginnen. Die Ausschüsse nehmen ihre Arbeiten am Mittwoch wieder auf. Man wird querst die bisher vorliegenden und in den Kommissionen durchzogenen Steuervorlagen erledigen und dann an die erste Sitzung der Vermögensabgabe, des Reichsteuergesetzes und der Reichsabschöpfung herangehen. Nach Erledigung dieser Aufgaben wird dann die Nationalversammlung voraussichtlich ihre Tätigkeit in Weltmar abschließen und im September wieder in Berlin zusammentreten.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung vor der Pause stehen zunächst Anfragen. Aus den Antworten der Regierung ist bemerkenswert, daß den Veteranen von 1870/71 eine einmalige Zuwendung in der Höhe des doppelten Betrages wie 1917 und 1918 genehmigt werden soll, die sofort ausgezahlt werden wird.

Auf eine deutsch-nationale Anfrage über das Schicksal der Kriegsgefangenen erklärte der Reichskommissar, der Abgeordnete Süßlein, daß die Durchführung der Bestimmungen über die Heimsendung der Gefangenen erst erfolgen kann, wenn der Friedensvertrag auch von drei der französischen Minister ratifiziert worden ist. Die deutsche Regierung habe sich unablässig bemüht, einen raschen Heimtransport herbeizuführen, aber weder die Möglichkeit noch die Macht habe, die Aufnahme der Verbündeten zu beschleunigen. Die Internierung in der Schweiz sei jetzt aufgehoben. In den ersten Augusttagen treffen, wie der Regierungsercretär ausführte, größere Transporte aus der Schweiz in Deutschland ein. Auch die Verhandlungen der Kommission über den Wiederaufbau haben bis jetzt, wie weiter ausgeführt wurde, keinen Erfolg gehabt. Mit der Auslieferung der Gefangenen steht aber der Wiederaufbau nach dem Friedensvertrag in keiner Verbindung.

Die an zweiter Stelle stehende Interpellation der beiden Rechtsparteien über die Kohleversorgung wurde von der Tagesordnung abgelehnt, da der Reichswirtschaftsminister die Meldung machte, daß Verhandlungen über Maßnahmen zur Behebung der Kohlennot im Gange seien.

Die Interpellation der Rechtsparteien über Beamtenfragen wurde in einer eingehenden Aussprache behandelt, die sich bis in die Nachmittagsstunden hingezogen. Die Interpellation begründete der Abgeordnete Dr. Rost der Deutschen Volkspartei, der auf die Rot, in den Millionen von deutschen Beamtenfamilien sich befeinden, hinwies und die Interpellation als durch den Wunsch gestützt bezeichnete, einen festgefügten, flächigen Beamtenkörper zu erhalten. Er kritisierte dann schwer die Beziehung leitender Stellen mit Beamtenmännern, denen die entsprechende Fortbildung und fachliche Erfahrung abgeht, und wies darauf hin, daß dieses System dem Beamtenamt nur abträglich sein könnte. Der Interpellant entwarf dann in großen Zügen ein Reformprogramm für die Neuordnung des Beamtenrechts und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und stellte in erster Linie die Förderung einer Befolgsungsreform zur wirtschaftlichen Verbesserung für den Augenblick.

Reichsminister Dr. Dassid, der die Interpellation für die Regierung beantwortete, sprach der deutschen Beamtenchaft seine wärme Anerkennung für ihre Pflichttreue und aufopfernde Arbeit in den Tagen des Krieges und der Revolution aus und kündigte eine Neuordnung des Befolgsungs- und Personalwesens sowie der Hinterbliebenenfürsorge an, sobald er Macht über den Beamtenbestand und über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches und der Staaten gelassen habe. Die Befolgsungsreform soll möglichst schnell durchgeführt werden. Ob eine einmalige Entschuldung der Beamten vorgenommen werden könne, untersteige zur Zeit noch der Prüfung. Der Minister ging dann eingehend auf die Vorzüge ein, die das parlamentarische System für die Beamtenchaft haben müsse, da es ihre Interessen in wirtschaftlicher Weise vertrete.

Zu die Antwort der Regierung trüpfte sich eine eingehende Aussprache, in der Vertreter aller Parteien zu der Beamtenfrage Stellung nahmen. Für die Demokraten sprach der Vdg. Remmert, der die Nationalversammlung gegen die Auflösung in Schutz nahm, als sei sie sich ihrer Verpflichtungen der Beamtenchaft gegenüber nicht bewußt gewesen. Er ging dann näher auf die Streitfrage ein, deren Ergebnis in den Beamtenkreisen er als ein bedrohliches Zeichen bezeichnete. Auch er entwarf dann ein großzügiges Reformprogramm für die Neuordnung und die beruflichen Verhältnisse der Beamten. Da die erste Reihe stellte auch er die Forderung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner gesprochen hatte, wurde die Sitzung am Nachmittag abgebrochen.

### Berlin trägt Flaggenhut.

**Berlin.** 1. Aug. (Von unserem Berliner Büro) Aus Anlaß der Annahme der Verfassung haben heute die öffentlichen Gebäude Berlins zum größten Teil mit den neuen Farben der deutschen Republik, schwarz-rot-gold, geflaggt.

### Bayern.

#### Zum Anschluß Coburgs an Bayern.

**München.** 1. Aug. (Vorw.-Tel.) Zum Anschluß Coburgs an Bayern wird amtlich mitgeteilt: In letzter Zeit fanden wiederholte Besprechungen zwischen den Staatsregierungen von Coburg und Bayern zum Anschluß Coburgs an Bayern statt. Es wurde Vereinbarung erzielt, daß das Theater in Coburg erhalten bleibt, daß die Sammlungen in Form einer Stiftung weiter bestehen und die vorhandenen Gerichte und Schulen beibehalten werden. Außerdem vereinbart sich Bayern zum Bau zweier Kleinbahnen. Zwischen Coburg, dessen Bewohner Franken sind, und Bayern bestehen bereits seit langer Zeit enge wirtschaftliche Beziehungen. Es haben sich darum auch die Parteien des bayerischen Landtages bereit erklärt, dem Wunsche Coburgs auf Anschluß an Bayern zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr durch eine Volksabstimmung in Coburg getroffen werden.

Hierzu erfährt die Münchener Zeitung noch, daß sämtliche Fraktionen des bayerischen Landtages ihre Zustimmung zu den gegen seitigen in der Hauptkonferenz festgelegten Bedingungen des Anschlusses erteilt haben. Der bayerische Landtag wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen gleichfalls definitiv mit dem Anschlußabkommen beschäftigen.

Die beabsichtigte Besichtigungstreise der bayerischen Minister und der Parteiführer nach dem Coburger Lande ist verschoben worden und wird erst dann stattfinden, wenn das Resultat der Volksabstimmung in Coburg vorliegt.

Überleitung des bayerischen Landtags nach München.

**München.** 1. Aug. (Vorw.-Tel.) Der Termin für die Rückkehr des bayerischen Landtags und der Regierung nach München ist nunmehr bestimmt. Gestern hat der Minister-

rat des Landtages beschlossen, die Tätigkeit des Landtages am 15. August in Bamberg abzubrechen und den noch etwa verbleibenden Rest der Arbeit in München zu erledigen. Am nächsten Montag wird der Finanzausschuss in täglichen Plenarsitzungen die Steuergesetze und den Nachtragsetat in Vorberatung nehmen. Am 11. August und den folgenden Tagen wird dann die Verfassung und das Reichsgesetz in den Vollversammlungen erledigt. Am 15. August überstellt der Landtag in Sonderztag nach München. Dort wird er am 19. August seine Arbeiten wieder fortsetzen, um jedenfalls die Steuervorlagen und den Nachtragsetat noch vor den Ferien in Vollversammlungen zu verabschließen. Die Vertragung des bayerischen Landtags wird dann voraussichtlich Ende August erfolgen.

### Abelsbezeichnungen in Bayern.

**München.** 1. Aug. (Vorw.-Tel.) Gestern hat der Finanzausschuss des bayerischen Landtags mit 15 gegen 12 Stimmen den Beschluss der ersten Lesung, den Adel in Bayern völlig zu beseitigen, aufgegeben und einem wieder eingeschriebenen Antrag Strathmann-Bilow-Held zugestimmt, wonach die Adelsbezeichnungen künftig nur als Namensbestandteil weitergeführt werden dürfen. Das Recht zur Weiterführung der Adelsnamen ist der Reichsverfassung gegeben, es müsse auch in Bayern als Reichsrecht bestehen.

### Deutsches Reich.

#### Der Zugang von Flüchtlingen aus den Ostgebieten und den besetzten Teilen Deutschlands

hat in letzter Zeit in steigendem Maße zugenommen. Dazu kommen noch Tausende von Deutschen, die aus dem Russland vertrieben sind, sowie die zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen. Für diese Personen bietet es infolge der sehr hohen Wohnungsnachfrage die größte Schwierigkeit, ein Unterkommen zu finden. Erstwährt wird ihre Lage noch dadurch, daß vielfach Gemeinden, ohne auf die Not dieser deutschen Volksgenossen Rücksicht zu nehmen, ihnen den Zugang in ihren Gemeindebezirk verbieten. Die Reichsregierung hat sich hier zu einem Eingreifen zum Schutz der Flüchtlinge entschlossen. Eine Anordnung des Reichsarbeitsministers und des Reichsnährungsministers bestimmt, daß Gemeinden grundsätzlich verpflichtet sind, Deutschen, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Russland oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedensschlusses aus dem Reichsgebiet aussiedelnden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, sowie den zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen den Zugang zu gestatten. Damit es den Gemeinden möglich ist, die Verpflichtungen nachzutragen, können sie von der Landeszentralbehörde zur zwangsweisen Beschaffung von Naturalquartieren für solche geflüchtete oder vertriebene Personen ermächtigt werden, die ihnen von den zuständigen amtlichen oder amtlich beauftragten Fürsorgestellen zugewiesen werden, oder die ohne die Vermittlung einer Fürsorgestelle mit Rücksicht auf am Orte wohnende nahe Verwandte oder aus dringenden Gründen ihrer Berufsstellung zugießen. Den als Quartiergeber in Anspruch genommenen hat die Gemeinde die auf ihr Verlangen gemachten Auswendungen zu ersehen sowie eine billige Vergütung zu gewähren. Schließlich ist noch angeordnet, daß zum Erlass von Bestimmungen, durch die der Außenhalt, die Beherbergung und der Zugang ortsfremder Personen in der Heimat oder in anderer Weise beschränkt wird, in jedem Einzelfalle die Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Reichsnährungsministers erforderlich ist. (TRB.)

### Das Neue Reich.

In diesen Wochen, in denen das deutsche Volk sich an den schweren Gedanken gewöhnen muß, daß Kinder und Soldaten von ihm abgelöst werden, deren Angehörigkeit eine Schicksalsverhängnis erlitten, hat der Vertrag von Versailles eine Sondernummer (H. J. Weber, Leipzig) durch Heinrich Pfeiffer eine Sondernummer „Das Neue Reich“ herausgebracht. Der Grundgedanke ist nicht nur, die Freudelekt zu erhalten an dem, was und wieviel ist, sondern das Verbliebene mit besserer Kraft neu zu schaffen zum Wohl des deutschen Volkes. Auch die vielen namhaften Politiker in der „Illustrirten Zeitung“ haben ebenfalls Anstrengungen unternommen, die in anderer Weise gesehen sind, voneinander mal einem Aufsatz von Dr. Wilhelm Nohl: „Die Stärkung des Reichsdenkmals in der Reichshauptstadt“. Der sozialdemokratische Abgeordnete Max Dauth erläutert die Standschule in der Souveränität des Volkes. Von historischer Grundlage geht Professor Dr. Voetze aus, wenn er „die Grundrechte und Grundpflichten des deutschen Volkes“ behandelt, jenes Problem, an dessen Lösung die große Verdienstleistung der Weimarer Nationalversammlung, das Frankfurter Parlament, so viel Geschicklichkeit und lebenslängen Staatswillen angedeutet hat. Wilhelm Heile beschäftigt sich mit der Renovierung des Reichsdenkmals in der Reichshauptstadt. Er erwähnt ferner die Anlässe über „Reichsdenkmal und Reichsdenkmals“ von Oberbürgermeister Koch in Coburg. Die Illustration wurde befragt von Hans Soltmann, Alois Koch, Walter Rehm, Hans Alexander Müller und Hans Krebs. Sie steht auf der räumlich bekannten Illustrirten Seite, die die Sondernummer der Leipziger „Illustrirten Zeitung“ auszeichnet.

### Akte im Schulministerium in Hessen.

**Darmstadt.** 31. Juli. Zu der Frage des Schulromplices verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß die Annahme dieser Vereinbarung in dritter Lesung durch die Nationalversammlung eine Krise im hessischen Schulministerium hervorrufen wird, indem der demokratischen Partei angehörende Akteure des hessischen Landtages für Bildungswesen, Professor Dr. Strecker, mit allen demokratischen und liberalen Mitgliedern der hessischen obersten Schulverwaltung von seinem Amt zurückzutreten wünschen. Der Grund dafür ist die Gefahr, daß durch den Kompromiß die im Jahre 1874 durch die damalige national-liberale Mehrheit der zweiten Kammer geschaffene, auf liberaler Grundlage aufzubauende, die Elementarschule geistlich festigende hessische Volksschulordnung, die bereits im Entwurf ausgearbeitete, die nationale Einheitschule vorbereitende Novelle zum hessischen Volksschulrecht in reaktionärem Sinne gefährdet werden. Für die Wiederübernahme der Leitung des Schulwesens kommt die Demokratische Partei nicht mehr in Frage, ebenso wird die Deutsche Volkspartei sich dazu bereit finden lassen, die ebenso eine starke Gegentin der Konfessionschule ist. Es wird in Hessen auch für die anderen süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern sowie für Sachsen eine gleiche Krise erwartet.

### Maßnahmen gegen den ostpreußischen Erntefreizeit.

**Berlin.** 1. Aug. (Von unserem Berliner Büro) Heute auf Einladung des Centralausschusses vom ostpreußischen Reichs- und Landesverband eine Zusammenkunft der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände

zusammengezogen. Die Uppolt, Kielstraße 20 Pf., Mannheim und Bayreuth vom Verleger der Badischen Zeitung 60 Pf., Reichenbach 20 Pf., Sonnabendzeitung: Mittwochblatt vorzeitig, 14 Uhr, Abendblatt nachmittags 25 Uhr. Für Ausgaben an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Darbringung mehr vorgenommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich 11. 250 mit Bringerlohn. Postbezug: Die Zeitung 11. 7. 92 einschl. Aufstellungsgesetze. Bei der Post abgeholt 11. 7. 30. Einzel-Bl. 10 Pf.

### Ausländische Bestellungen im besetzten Gebiet.

**Saarbrücken.** 30. Juli. (Meldung der Telegraphen-Kompanie.) Die französische Regierung erließ den Sittenverbot im Saargebiet für mehrere Millionen französische Ausländer zur Lieferung von Material für die französische Marine. Auch England hat den Dillinger Sittenverbot bedeutende Aufträge an Heereslieferungen gegeben. Die englische Regierung hat ferner für mehrere Millionen Lebensmittel aus ihren Heeresbeständen abgestochen und zum Verkauf im besetzten Gebiet angeboten.

### Die badische Steuervorlage.

Mit 70 Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten hat der Landtag am 23. Juli den Gesetzentwurf über die Steuererhebung für das Jahr 1919 in zweiter Lesung angenommen; die dritte Lesung wird keine Änderungen mehr bringen. Darauf werden bei der Einkommensteuer in den Stufen von 6000 Mr. an unterwegsfall der bisherigen Zuschläge erhöhte Zuschläge erhoben, die bei 6000 Mr. Einkommen mit 40 Prozent der seit 1919 gestiegenen Steueraufzehrungen beginnen und bei Einkommen von 1 Million Mark den Höchsttarif von 500 Prozent erreichen. Bei der Vermögenssteuer war durch Gesetz vom 7. März 1919 bereits der Satz von 11 Pf. auf 13 Pf. für je 100 Mr. reines Vermögen erhöht worden. Dazu tritt nun ein Zuschlag, der bei 50 000 Mr. Vermögen mit 10 Pf. beginnt und bei 15 Millionen Mr. Vermögen den Höchsttarif von 300 Pf. erreicht.

Der Ertrag dieses Gesetzes wird auf 146 Millionen Mr. geschätzt. Er soll dazu dienen, den Fehlbezug des Staatshaushalts zu decken und die badischen Finanzen aus der Schuldenwirtschaft heraus wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Der Betrag der Schulden wurde zu der Zeit, als die Regierung ihre Vorlage einbrachte (Ende Juni), auf 132 Millionen Mr. geschätzt, die sich aber nach Abzug der verfügbaren Reservefonds und anderer Beiträge auf 102 Millionen Mr. vermindern. Die Eisenbahnschuld, die zur Zeit 976,82 Millionen Mr. gegenüber einem Anfangskapital der Bahnen von 956,37 Millionen Mr. beträgt, bleibt dabei außer Betracht, da die Eisenbahnen eine eigene Finanzwirtschaft führen, in die aus allgemeinen Staatsmitteln nur bestimmte Zuschüsse gegeben werden. Um dieses Defizit von 102 Millionen Mr. zu decken, hatte die Regierung eine Erhöhung der Vermögens- und Einkommensteuer vorgeschlagen, die 114 Millionen Mr. erbringen sollte. Sie wollte mit den Zuschlägen zur Einkommensteuer die Einkommen von 2400 Mr. mit 30 Prozent beginnen und diese bis auf 200 Prozent bei Einkommen von 200 000 Mr. steigern. Bei der Vermögenssteuer sollte der Zuschlag bei 200 000 Mr. mit 20 Pf. beginnen und bei 10 Millionen Mr. den Höchsttarif von 200 Pf. erreichen. Es bedeutet das eine Erhöhung der Einkommensteuer bis auf das Fünfzehnjährige und der Vermögenssteuer bis auf das Siebzehnjährige. Dieser Gesetzentwurf war einzig in seiner Art und rief einen Unsturm von Protesten und Petitionen aus den Kreisen von Handel und Industrie hervor, die sich namentlich gegen die gewaltige Erhöhung der Vermögenssteuer wandten. Es ergab sich nämlich, daß in den höheren Stufen nicht nur das ganze Einkommen, sondern noch ein Teil des Vermögens weggesteuert wurde; z. B. beträgt nach dem Entwurf in Mannheim bei 1 Million Einkommen und 20 Millionen Vermögensmögen die Steuerlast einschließlich Gemeinde- und Kirchensteuern 1 315 312 Mark. Eine solche fortlaufende Steuererhebung würde tatsächlich die ganze Industrie und den ganzen Handel lähmen und unser Wirtschaftsleben auf das Einschneidendste schädigen. Zu diesem Mißverständnis, daß es sich nicht um eine einmalige Abgabe handelt, gab der Entwurf Anlaß, da die Regierung es unterlassen hatte, vorher den organisierten Interessenvertretungen Gelegenheit zur Außerung zu geben, wie dies im Handelskammergesetz vorgesehen ist. Aber auch als einmalige Abgabe gedacht, liegt der Entwurf hinsichtlich der Vermögenssteuererhöhung an Mängeln, die bei einem von Steuertechnikern ausgearbeiteten Gesetz nicht vorkommen dürften und die erst auf Betreiben der demokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses bejähigt wurden. Er unterwarf der Besteuerung auch das einzige schulde Gründ- oder Stammkapital der Gesellschaften des Handelsrechts, obwohl dieses eine Schuld dieser Gesellschaften an die Aktionäre darstellt und deshalb von den Steuergesetzen des Reiches von jeher selbstverständlich von der Besteuerung aufgenommen wurde. Ebenso wollte der Entwurf die Zuschläge erheben, vom Vermögen der politischen Gemeinden, der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften und der Stiftungen, modisch diesen Vermögenssträgern die Erfüllung ihrer Aufgaben unmöglich gemacht und zahlreiche auf sie angewiesene Privatpersonen in kleinen Vermögensverhältnissen betroffen worden wären. Diese beiden Punkte sind jetzt zufriedenstellend geregelt.

Die vorgeschlagene Höhe der Vermögenssteuererhözung erfordert jedoch auch solchen Kenner der Wirtschaft, die nicht zu dadurch Betroffenen gehören, selbst als einmalige Abgabe bedeutslich für die Existenzfähigkeit von Handel und Industrie. In Seiten, in denen Milliardenosten für das Reich aufzubringen sind, ist man vielleicht geneigt, solchen Auseinandersetzungen einfach Bedeutung abzusprechen. Es sei aber nur auf zwei Unterseite der badischen Vorlage gegenüber der Reichsvermögensabgabe hingewiesen: Lehre kann in Kriegszeit bezahlt und auf einen Zeitraum von 30 Jahren verteilt werden, die badische Abgabe ist in barem Gelde zu entrichten bis spätestens 1. Dezember dieses Jahres. Dass diese schnelle Abgabe von Millionenbeträgen an den Staat in Nebengesetzen wie denjenigen, wo die großen Firmen uns durch ihren Kredit die Lebensmittelversorgung aus dem Ausland ermöglichen sollen, für sie eine sehr starke Hemmung bedeutet, liegt auf der Hand. Aus überwiegenden Staatsinteressen, um endlich zu einer Befriedung unserer Finanzen zu kommen,

glaubte die demokratische Landtagsfraktion in ihrer überwiegenden Mehrheit, diese volkswirtschaftlichen Bedenken zurückzulegen zu müssen; sie trat für die Sache der Regierung vorlage ein. Dabei glaubte sie, hoffen zu dürfen, daß es der beruhigten Tüchtigkeit der Leiter der großen Handels- und Industrieunternehmungen vielleicht doch gelingen werde, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Für die Sozialdemokratie bestanden aber Bedenken irgend welcher Art überhaupt nicht, obwohl legten Endes die Arbeiter den Schaden haben, wenn durch eine zu starke Anspannung der Steuerhaken Industrie und Handel gefährdet werden. Nicht nur unterschied sie unrichtiger Weise der demokratischen Fraktion in Zeitungsartikeln die Absicht eines unbedeckten Schutzes der großen Gewerkschaften, sondern sie beantragte im Plenum noch über die Sache der Regierungsvorlage hinausgehen, nämlich bis 500 Prozent bei der Einkommensteuer und bis 300 Pfpg. bei der Vermögenssteuer, um dadurch einen Reherrat von 32 Millionen Mark zu erzielen. Möchte man diese erhöhte Einkommensteuer noch für erträglich halten, so vermochte die demokratische Fraktion doch der beantragten weiteren Erhöhung der Vermögenssteuer nicht zustimmen, da für sie die oben erwähnten Bedenken in verfälschtem Maße gelten und da ferner vorerst keine Notwendigkeit für eine höhere Einnahme aus Steuern ersichtlich ist. Wertvölkigkeitsweise zeigte das Zentrum für diese so nobelpreisgekrönte Abstimmung kein Verständnis. Trotzdem im Ausdruck auch der aus seinen Reihen hervorgegangene Finanzminister Dr. Wirth von einer weiteren Erhöhung der Vermögenssteuer überzeugt, trat es für den sozialdemokratischen Antrag ein, der angenommen wurde.

Bei der zweiten Sitzung der Staatsvorlage im Plenum des Landtags stellte die demokratische Fraktion den Antrag, die Aufschläge bei der Einkommensteuer auf 400 Prozent und bei der Vermögenssteuer auf 200 Pfpg. zu begrenzen, also etwa im Rahmen der alten Regierungsvorlage zu bleiben, und ließ durch den Abg. Dr. Giedelmaier in einer einbringlichen Rede ihren Standpunkt darlegen: Dass man aus der Schadenwirtschaft herauskommen müsse, dass die neuen Steuern der sozialen Sicherheit und Notwendigkeit entsprechen müssen und dass diese Prioritäten die obengenannten Sähe erfüllen. Und nun erneuerte sich das Wertvölkigkeitsweise, dass der Finanzminister seine Vorlage völlig preisgab und plötzlich erklärte, er nehme diesen Mehrrat von 32 Millionen Mark mit Vorsicht an, es würden schon noch genügend Ausgaben kommen; zu nennen wußte er aber lediglich einen Betrag von 17 Millionen Mark für Verbilligung der Auslandslebensmittel. Trotzdem dann der Abg. Dr. Gothein (Dem.), ein hervorragender Kenner der Wirtschafts- und völlig unbefangener Beurteiler dieser Steuerfrage, nochmals den demokratischen Antrag verteidigte — nicht um sich als Schüler des Kapitals aufzuweisen, sondern aus überzeugenden sozialen Gründen — lehnten Zentrum und Sozialdemokratie den Antrag ab. Die Zukunft wird zeigen, ob man gut daran getan hat. Nachdem sich die parlamentarische Sache darum gestellt hatte, musste sich die demokratische Fraktion entscheiden, ob sie das Gesetz in der Fassung, die ihm der Ausschuss gegeben hatte, ablehnen sollte. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die aus der Koalition der drei großen Parteien bestehende Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande zu stützen, entschied sich die Mehrheit der Fraktion für Annahme des Gesetzes. Der Abg. Dr. Giedelmaier (Dem.) gab darüber die folgende Erklärung ab: „Mit Rücksicht auf die politische Bedeutung der Vorlage, die ich gestern hervorgehoben habe und auf die auch von anderer Seite heute hingewiesen worden ist, werden trotz der Ablehnung unseres Antrages meine Freunde mit wenigen Ausnahmen gleichwohl für das Gesetz stimmen und damit auch dem Lande gegenüber für dieses Steuerrecht die Verantwortung mit übernehmen, in der Überzeugung, daß die finanzielle Lage ein einmütiges Zusammensetzen aller Parteien fordert.“ B.P.R.

### Badische Landesversammlung.

#### 42. öffentliche Sitzung. (Schluß.)

(Karlsruhe, 31. Juli.)

Zu Plenarien des Hausesausschusses für die Sozialpolitik wurde Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) und der badischen Vertretungsstelle für Lebensmittel Abg. Weißhaar (Btr.). Abg. Rauch (Soz.), Abg. Massa (Dem.) und Abg. Wagner (D.-R.) gewählt. Das Haus begann die Beratung des 6. Nachtrags zum Staatssozialrechtsgebot.

Abg. Schmitz (Btr.) berichtete über Hauptabteilung Ministerium des Innern (Ausgabe: 17 000 000 M.).

Abg. Marzum (Soz.) berichtete über die Hauptabteilung Finanzministerium (Einnahme 141 500 000 M.), Abg. Göhring (Dem.) über die Hauptabteilung Wurzerg. Die Ausgaben betragen im ordentlichen Etat 1 085 000 M., im außerordentlichen Etat 30 900 000 M. Die Kommission erfuhr die Regierung, dass Landtag kaum möglich den Entwurf des zweiten Ausbaues des Wurzerges vorzulegen.

Minister Küster erklärte, die Regierung ist der Ansicht, daß lediglich B-Verträge in Betracht kommen, das aber, man möge die Regierung nicht auf die A- oder B-Verträge festlegen.

Abg. Giedelmaier-Oberflächl. (Btr.) verlangte die Beibehaltung der A-Verträge und stellte in diesem Sinne einen Antrag.

Abg. Giedelmaier (D.-R.) trat ebenfalls für die Beibehaltung der A-Verträge ein.

Minister Küster: Die Borendexen haben übersehen, dass wir die A-Verträge verstoßen, ja verachteten wollen. Dann fallen die Herausforderungen zum A-Vertrag fort. Ich bitte die Regierung, nicht daran zu wollen in einer Sache, die noch im Ausse. ist.

Abg. Schmitz (Btr.): Der Minister hat übersehen, dass nicht alles verstoßen werden soll, sondern nur die Werke mit 5000 Kilostrahlern und um die handelt es sich hier.

Abg. Giedelmaier-Sohr (D.-R.) verteidigte nochmals die A-Verträge.

In der Einzelberatung wurden die Anforderungen ohne Ausdruck angenommen. Der Antrag der Kommission auf Vorlage der Pläne zum zweiten Ausbau des Wurzerges und der Antrag Giedelmaier wurde ebenfalls genehmigt.

Abg. Marzum (Soz.) berichtete über den Entwurf des Finanzgesetzes.

Das Gesetz wurde angenommen.

Das Haus befürchtet, dass die neue Geschäftsaufstellung, deren Entwurf dem Landtag zugänglich ist, von jetzt ab gegeben hat.

Abg. Schmitz (Dem.) berichtete in zweiter Sitzung über den Geschäftsaufstellungsentwurf, die Übernahme von Reichs-Militär- und badischen Beamten usw. betreffend; er wurde einstimmig angenommen.

Abg. Göhring (Dem.) berichtete in zweiter Sitzung über den Geschäftsaufstellungsentwurf, die Übernahme von Reichs-Militär- und badischen Beamten usw. betreffend; er wurde einstimmig angenommen.

Abg. Stoeckinger (Soz.) berichtete über die Änderung des Schutzeuges. Die Änderungen hatten hauptsächlich formellen Charakter. Die Kommission nahm an dem Entwurf einige Änderungen vor. Was der Berichterstatter mitteilt, ist ein Entzug dieser Sache auf Übernahme der Kosten der Überfundenen und Einschlüsse aus dem Staat in der Kommission abgelehnt worden. Der Berichterstatter beantragte Annahme des Geschäftsaufstellungsentwurfes in der Form der Kommission.

Abg. Giedelmaier-Sohr (D.-R.) verteidigte seinen Antrag.

Minister Kümmel wider sprach einer Abwälzung der Kosten für die Überfundenen auf den Staat. Wenn man dem Wunsche des Abg. Fischer nachgebe, entschließe man über eine Frage von weittragender grundsätzlicher Bedeutung. Es sei jetzt unangebracht, Änderungen über die Abgrenzung der Rechte auf die Schulz zwischen Staat und Gemeinde vorzunehmen. Eine Durchsetzung des Schutzeuges sei notwendig, dann könnten grundsätzliche Fragen erörtert werden.

Der Antrag Fischer wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Abg. Herbst (Dem.) berichtete über die Geschäftsaufstellung der Obersteuerungskammer und die weitere geschäftliche Behandlung des durch den früheren Landständischen Kreislauf geprägten Rechnungen der Amortisationskasse, des Domänengrundstoffs und der Eisenbahnschuldenentlastungsstelle für 1917 und 1918. Die beiden Vorlagen wurden angenommen.

Abg. Siegelmaier-Oberflächl. (Btr.) vertrat folgende Unterstellung über die Dienst- und Gütemarktverhältnisse der Strafbeamten: „Ist es der Regierung bekannt, daß für die Strafbeamten und für die Kreisstrafbeamter die achtstündige Arbeitszeit bis heute noch nicht eingeführt ist, und was geschieht sie zu tun, um diesen Personen auch den Achtstundentag zu gewähren?“ Hat die Regierung weiter davon Kenntnis, daß der Jahreslohn der Kreisstrafbeamter weit unter dem Erfahrungsmittel steht und ist sie bereit, auf die in Betracht kommenden Stellen einzumachen, das in dieser Beziehung eine Besserung eintrete?“ Der Interpellant verlängte Belege von 1200 bis 1800 M. für das Jahr für die Kreisstrafbeamter, Teuerungszulagen, Kindergeldzulagen, Dienstkleidungen, Anschaffung für Geräte usw.

Minister Kümmel: Die Oberdirektion für Polizei- und Strafbeamten hat bei den Landesstrafbeamten die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Es ist richtig, daß die Arbeitszeit der Kreisstrafbeamter nicht mehr von der Berufshilfe der Zeit entspricht. Die Regierung hat einen Erlass hinausgegeben, in dem sie auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitszeit für Strafbeamter hinweist.

Abg. Arnold (Soz.) verlangte bessere Bezahlung für die Kreisstrafbeamter.

Abg. Bierwiesel (Btr.) misst Vorwürfe zuerst, die gegen den Kreislandrat in Rosbach gemacht wurden.

Abg. Siegelmaier (Btr.) erklärte sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

#### Eine Ausprache über das Lichtspielmessen.

Abg. Maria Siebert (Btr.) begründete folgende Interpellation über das Lichtspielmessen: „Ist der Regierung bekannt, daß die Zahl der Kinos in letzter Zeit aufgewachsen ist und der Eintrittspreis bei den Kinos nicht mehr und mehr schädigend geltend macht? Ist die Regierung bereit, die Kinos so zu kontrollieren, um so der Volkssementzung und Volksverführung vorzubeugen?“

Minister Kümmel: Das Ministerium hat bis jetzt nur aus den Zeitungen Kenntnis davon bekommen, daß die Kinos fast zahlreich vermehrt haben. Wenn die Kinos stehend betrieben werden, untersagen sie keiner Genehmigung. Die beste Art zur Bekämpfung der Auswirkungen der Kinos wäre die Kommunalisierung der Kinos. Die Regierung willt in diesem Sinne auf die Gemeinden ein. Es muss aber abgewartet werden, wie das Sozialisierungsgesetz aussieht. Das Schwierigste in der Regelung wird man darauf legen müssen, daß das Reich bald ein Rahmen gesetzt für eine Kommunalisierung der Kinos schafft. Auf jeden Fall darf es nicht so weiter gehen, um in Wange der Dinge, die wir jetzt erleben, hat das Kino einen Fehler, das ist die Treize Deutsche. Wenn sie die „Wolfszettel“ nicht aufnehmen würde, ständen die Dinge nicht so.

Wenn in Deutschland der Kampf gegen die Kinos geführt werden soll, dann brauchen wir die Waffe dazu. Mein Vorschlagsergebnis bei der Festlichkeit in Mannheim ist jedoch bestellt, weil ein Kinotheater des Westen ingetrieben zu Reklamezwecken. Die Einflüsse der Kinounternehmer zu untergraben. Ist unsere Aufgabe, die Freiheit das Kinoamt die Wiedergabe von Filmen „Revolution“ verbieten. Auf einen Kurs ist das Ministerium das Verbot aufgehoben unter der Bedingung, daß Leute unter 20 Jahren nicht zugelassen werden dürfen. Das Ministerium kann zu seinem Standpunkt, weil das Reichsministerium erfasst hat, daß eine Filmzensur nicht mehr besteht, doch aber die für jugendliche geltenden Schutzbestimmungen angewendet werden sollen. Das Ministerium hat das Reichsministerium um eine Notverordnung in der Angelegenheit gebeten. Der Staatsanwalt in Freiburg hat von mir aus einzelne Portionen des Film geschnitten. Dem Ministerium bereitet die Filmfrage große Sorge, besonders da die Strafbeamten festgestellt haben, wie verheerend das Kino auf die Jugend wirkt. Was in den Seminaren der Ausbildung liegt, soll auf dem Gebiete geschehen. (Beifall).

Abg. Dr. Kraus (Soz.) verlangte von der Regierung durchgreifende Maßnahmen, Sozialisierung der Filmindustrie und Übernahme der Kinos durch die Gemeinden. Hier könnte man sich nicht auf den Standpunkt des formellen Rechts stellen.

Abg. Dr. Holdermann (Dem.): An den Ausführungen der Borendexen gebe ich meine Zustimmung. Da derlei Sachen ist eine Resolution der Evangelischen Diakonie in Übereinstimmung mit dem Vorschlagskomitee der Filmindustrie in Übereinstimmung mit dem Vorschlagskomitee der Filmindustrie. Die Resolution wird in der Borendexen behandelt werden. Das Kino ist nicht schlecht, es könnte zu einem Erholungsmittel werden, aber es wird damit auf die Sozialisten Inflanz setzen. Es werden bauaufsichtliche Kriminalstrafen gehoben, dann sogenannte Ausflugsfilme, gegen die Logos „Krone“, „Stern“, die gewiß nicht prille M. Kronen gemacht hat. Wie die Dinge heute mit den Kinos stehen, wird es nicht leicht machen. Wie ich hörte, soll in Bönnig ein zweites Kino errichtet werden, dafür ist kein Vertrags vorhanden. Unrechtfertigte wäre es, wenn in der Zeit der Wohnungsmangel ein Kino gebaut würde. Ich würde es begrüßen, wenn der Landtag die weitere Erfassung der Kinos vornehmen würde, bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Frage. (Beifall).

Abg. Dr. Giedelmaier (Soz.) verlangte von der Regierung vorliegende Maßnahmen, Sozialisierung der Filmindustrie und Übernahme der Kinos durch die Gemeinden. Hier könnte man sich nicht auf den Standpunkt des formellen Rechts stellen.

Abg. Dr. Holdermann (Dem.): An den Ausführungen der Borendexen gebe ich meine Zustimmung. Da derlei Sachen ist eine Resolution der Evangelischen Diakonie in Übereinstimmung mit dem Vorschlagskomitee der Filmindustrie. Die Resolution wird in der Borendexen behandelt werden. Das Kino ist nicht schlecht, es könnte zu einem Erholungsmittel werden, aber es wird damit auf die Sozialisten Inflanz setzen. Es werden bauaufsichtliche Kriminalstrafen gehoben, dann sogenannte Ausflugsfilme, gegen die Logos „Krone“, „Stern“, die gewiß nicht prille M. Kronen gemacht hat. Wie die Dinge heute mit den Kinos stehen, wird es nicht leicht machen. Wie ich hörte, soll in Bönnig ein zweites Kino errichtet werden, dafür ist kein Vertrags vorhanden. Unrechtfertigte wäre es, wenn in der Zeit der Wohnungsmangel ein Kino gebaut würde. Ich würde es begrüßen, wenn der Landtag die weitere Erfassung der Kinos vornehmen würde, bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Frage. (Beifall).

Abg. Dr. Giedelmaier (Btr.) trat für die Konzessionspflicht der Kinos ein. Abg. Dr. Giedelmaier (Btr.) begründete den oben mitgeteilten Antrag und äußerte sich, daß auf Grund des badischen Polizeigesetzes gleiches eine strengere Zensur möglich ist.

Minister Kümmel versicherte den Borendexen, daß seit die Vollausförderung am 12. November 1918 die Zensur aufgehoben wird auf Verstärkung der Kinos. Außerdem soll die Filmzensur verschärft werden, bis die Sozialisierung durchgeführt wird. Ferner soll die Konzessionspflicht durchgeführt werden. Der Antrag war von Abgeordneten aller Parteien unterstützt.

Abg. Dr. Giedelmaier (Btr.) trat für die Konzessionspflicht der Kinos ein.

Abg. Dr. Giedelmaier (Btr.) begründete den oben mitgeteilten Antrag und äußerte sich, daß auf Grund des badischen Polizeigesetzes gleiches eine strengere Zensur möglich ist.

Minister Kümmel versicherte den Borendexen, daß seit die Vollausförderung am 12. November 1918 die Zensur aufgehoben wird auf Verstärkung der Kinos. Außerdem soll die Filmzensur verschärft werden, bis die Sozialisierung durchgeführt wird. Ferner soll die Konzessionspflicht durchgeführt werden. Der Antrag war von Abgeordneten aller Parteien unterstützt.

Abg. Dr. Giedelmaier (Btr.) trat für die Konzessionspflicht der Kinos ein.

Abg. Dr. Giedelmaier (Btr.) trat für die Konzessionspflicht der Kinos ein.

diesen Maßnahmen gegenüber den Auswirkungen des Kinos benutzen. Dem Minister kann ich nur darin bestärken, daß er die Befreiung hier zur Ausführung bringt.

Minister Kümmel: Es würde mich freuen, wenn Abg. Dr. Giedelmaier uns unterstützen würde, daß wir keine Entschuldigungen erhalten.

Darauf wurde die Ausprache über die Interpellation geschlossen. Der im Laufe der Debatte gestellte Antrag wurde angenommen. Hierauf verzog sich das Haus auf morgen vormittag 9 Uhr.

Tagesordnung: 2. Sitzung des Finanzgesetzes, Interpellationen, Petitionen. Schluss der Sitzung 8 Uhr.

#### 43. öffentliche Sitzung.

(Karlsruhe, 1. August.)

Präsident Röpp eröffnet um 9.20 Uhr die Sitzung. Zunächst werden mehrere kurze Fragen erledigt.

Abg. Odenthal (Demokrat) tritt an, ob es der Regierung bekannt ist, daß die holländische Bilderdienstwohlfahrt große Mengen an ungeborenen Kindern habe. Trotzdem habe die Reichsfamilienfürsorge mit ganz unbedeutenden Mengen von Flüchtlingen übernommen, obwohl die Dreizehnte deutlich mehrere waren.

Minister Kümmel: Dem Ministerium ist bekannt, daß solche Angebote erfolgten. Diese Angebote sind ein Beweis dafür, daß Holland einen großen Überfluss an Seeflüchtlingen habe. Eine Einwanderung von Seeflüchtlingen habe zur Zeit nicht stattgefunden, denn wir haben solche Mengen, daß von heute ab der Seefischhandel jetzt gegeben werden könnte. Die Regierung hält den Zeitpunkt nicht für geeignet, daß eine freie Einwanderung von Holland erfolgt, insoweit unserer schlechten Bedingungen. Hieran wurde in die Tagesordnung des Finanzgesetzes angenommen.

Abg. König (Demokrat) erbrachte folgende Interpellation: Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt wird durch den Friedensvertrag und durch die holländische Wirtschaft direkt erreicht, so daß in absehbarer Zeit eine starke Zufuhr von Lebensmitteln zur ausreichenden Versorgung unserer Bevölkerung nicht zu erwarten ist. Bei dieser Lage der Dinge ist der Ausbau der heimischen Landwirtschaftssubventionen wichtig, um die Selbstversorgung des Reichs zu fördern. Um der zweiten Sitzung wurden ohne Ausprache das Finanzgesetz und das Gesetz über die Wiederherstellung des Wirtschaftsgefüges angenommen.

Abg. König (Demokrat) erbrachte folgende Interpellation: Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt wird durch den Friedensvertrag und durch die holländische Wirtschaft direkt erreicht, so daß in absehbarer Zeit eine starke Zufuhr von Lebensmitteln zur ausreichenden Versorgung unserer Bevölkerung nicht zu erwarten ist. Bei dieser Lage der Dinge ist der Ausbau der heimischen Landwirtschaftssubventionen wichtig, um die Selbstversorgung des Reichs zu fördern. Um der zweiten Sitzung wurden ohne Ausprache das Finanzgesetz und das Gesetz über die Wiederherstellung des Wirtschaftsgefüges angenommen.

Minister Kümmel: Das Ministerium hat die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt ausgearbeitet. Darauf sind bei Ende eines 7–8000 Hektar mehrfachungsfähige Wiederaufnahmen vorgenommen. Gemeinschaften für die Wiederaufnahme sind bereits gebildet worden. Um die Wiederaufnahmen zu fördern, werden Aufschüsse von den Gemeinden bezahlt. Die Landwirtschafts- und Domänen-Direktion hat unterhalb Karlsruhe nach 200 Hektar Boden ausgetauscht. Weitere ähnliche Projekte sind im Bilde. Ein Siedlungsprojekt soll noch geschlossen werden. Die Landes- und Siedlungsbau ist bereits gegründet.

Dann wurden eine Zahl von Petitionen erledigt. Die Petition der Bezirkskommision Welsheim-Bordorf des Reichsverbands der Kriegsbeschädigten um Befreiung der Kriegsblinden von herkömmlicher Wiederherstellung wurde der Regierung empfohlen überreicht.

In den Landesversammlungen wurden ebenfalls die Abgeordneten: Röpp (Centrum), Marzum (Soz.), Strobel (Soz.), Mayer-Heidelberg (Soz.), König (Demokrat), Höller (Dem.), Mayer-Karlsruhe (Deutsch-Zoll), Dr. Schmitz (Centrum), Duffner (Centrum), Dr. Sch



angeschaut hat. Insgesamt beträgt die Gewerbeleistung in diesem Jahre 11.841.111 Mark.

#### Polytelbericht vom 1. August.

**Selbstmordversuch.** Am 30. Juli bis 10. vormittags 10 Uhr, versuchte sich eine 23 Jahre alte Frauensperson in einem Hause des Grenzweges in Riedern durch Drosseln des Gasrahmens in der Nähe ihrer Wohnung das Leben zu nehmen. Den Hausbewohnern in bewohntem Zustand aufgetreten, wurde die Lebensmüde mittels Sanitätsauto in das Allgemeine Krankenhaus verbracht, wo sie auch verblieb. Grund zur Tat sollen Streitigkeiten mit ihrem Bräutigam sein.

**Unfälle.** Am gleichen Tage, nachmittags 7½ Uhr, erlitt ein 39 Jahre alter Kaufmann, wohnhaft S. 5. 4., beim Fußballspiel auf der Wiese hinter dem Straßentheater einen Unfall, bei dem er durch Stoß gegen einen anderen Spieler einen Stoß gegen den unteren Unterleib erhielt. Der Verletzte wurde mittels Druckspritze ins Allgemeine Krankenhaus überführt und mußte deshalb verbleiben. — Am 30. vorigen Monats, gegen halb 9 Uhr vormittags, rutschte ein 27 Jahre alter Tagelöhner, wohnhaft in S. 3. 12., beim Treppen eines Hauses im Strebewinkel 1 aus und brach dabei den linken Oberarm. Der Vermischtsteck stand ebenfalls Aufnahme im Krankenhaus. — Am selben Tage, gegen 4 Uhr vormittags, fiel das 5 Jahre alte Kind eines in S. 3. 10. wohnhaften Tagelöhners beim Spielen in dem Außergarten von einer Bank und brach sich beider den linken Arm. Durch die Mutter des Kindes ins Allgemeine Krankenhaus verbracht, mußte es ebenfalls die Aufnahme finden.

**Bier-Körperverleihungen.** — verübt in einer Weinmühle in W. 4 durch unvorstehliches Handieren mit einem Revolver, auf der Kastanienstraße, im Hause Worschelstraße 19 und auf der Dorfstraße in Riedern — gelangten zur Anzeige.

**Verhaftet** wurden 10 Personen wegen verschiedener strohbarer Handlungen, darunter ein Bierkellerei von Mannheim wegen Banditenkrause und ein Kesselschmied, ein Gipser und dessen Chef, aus drei vor Überstadt, wegen Schlechthandels.

#### Vergnügungen.

**Schauburg.** Wie bereits berichtet, gelangt in der Schauburg ab morgen Samstag der große Kulturfilm "Höd" zur Vorführung. Es ist der moderne Höd, den wir zu sehen bekommen, der Höd, der genau wie jener der Geschichte schwere Schloßschläge erfährt, dem Höd mit Höd verglichen wird und der dennoch an die Gerechtigkeit jener Höd glaubt, die diese Schloßschläge über ihn verhängt hat. Höd ist ein Thronfolgeradé, eine Idealgestalt, nur zu dem Zwecke geschaffen, ein Problem zu verkörpern, das die Menschheit zu allen Zeiten inniglich stark interessiert hat.

**Walhalla-Theater.** Albert Steinrück, der große Tragödie und Träger der Banalität, in dem großen Filmwerk "Prinz Albrecht", das heute Freitag im Walhalla-Theater seine Uraufführung erlebt, ist eine Kinoimitation ersten Ranges. Der Autor, Prinz Steinrück, steht aus der realen Welt in die Scheinwelt des Wunderlandes Wanitas. Ein aus dem Aufstand ausgeschickter Krieger, ein Kruppslejer Gelehrter (Albert Steinrück) wird zum Mumienkrieger und der geruhsame Prinz aus dem Augenverlust zieht sich im Traum zurück. Alle im Wirklichkeitsdreieck unmisslichen Sinnesnischen werden so möglich. Das Albert Steinrück seine harte Emanzipation nur Wiederholung bringen kann, läßt sich eben nach der kurzen Absatzanrede ahnen. Der Film ist frisch, gut überredend und verblüffend und in der Handbedienung, Photogramme und Ausführung einwandfrei und verlor keinem dem Walhalla-Theater wider alle Widerstände des programmativen Fortschritts mit Wanda Souk in den Hauptrollen.

#### Mannheimer Strafkammer.

Rechtsausschuss II. Sitzung vom 30. Juli. Vors. Landgerichtsrat Dr. Bauder.

Ein permissiver Fahrraddieb, der 35jährige Mechaniker Christen R. 1. und Steinfort, bat im April und Mai d. J. einige Radreifen abzubrechen. Eines davon nahm sein Verdächtiger, eine 18jährige Radfahrerin, in Betracht, um es unentdeckt zu machen. Beim anderen sauste der Tätiler Klaus Herd aus Verlust um 100 und 100 Mark war. L. J. nach dem ersten Diebstahl festgenommen, aber auf dem zweiten wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er lebte dieses Entgegenkommen damit, daß er sofort wieder fahrb. Seitdem war er auf 3 Jahre Austritt und 5 Jahre Sicherheit verurteilt. Herd wußt sich in 8 Monaten, das Radbahn zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Herd wußt während der Verhandlung ein blödes Theater. Er war eigentlich einen Total betriebe und rief, daß Leute habe doch keinen Zweck mehr. Ob er aber sich damit an den Hals fahren konnte, wurde er von einem Schauspieler kritisch geäußert. Das Richter wußt an der Tat auch ganz unbestimmt gewesen, es war ein Theatralisch, der aus zwei Gedächtnissen zusammengelegt war.

Zu den ständigen Belastungen der Automobilabfahrt in der Unterschlüsse in der letzten Zeit die 20 Jahre alte Arbeiterin Barbara Engels, in deren Besitzung auch die 21 Jahre alte Tochter nicht länger arbeiten. Eine davon nahm sein Verdächtiger, eine 18jährige Radfahrerin, in Betracht, um es unentdeckt zu machen. Beim anderen sauste der Tätiler Klaus Herd aus Verlust um 100 und 100 Mark war. L. J. nach dem ersten Diebstahl festgenommen, aber auf dem zweiten wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er lebte dieses Entgegenkommen damit, daß er sofort wieder fahrb. Seitdem war er auf 3 Jahre Austritt und 5 Jahre Sicherheit verurteilt. Vors. R. J. und Klaus Herd.

Bei seinem in der Görinerstraße wohnenden Onkel soll der 18 Jahre alte Togoländer Ludwig Schmidlöffler im Werte von 120 Mark die her Behörde aber wieder erhielt. Der Dienst wird in 2 Monaten bekräftigt.

Beim Einsteigen in die Kramkasse auf dem Schloßplatz wurde der 17 Jahre alte Togoländer George E. von einem Polizeikrämer überfallen. Es gibt 2 Monate Gefängnis.

Zu den die Kramkasse, wohin sie bestimmt war, fuhr auf Anhören eines gewissen Bordine der Chauffeur Ludwig Schmidlöffler aus. Zum einen hatte Gold am Hotel National. Den Gold mit 300 Mark sollten die beiden Gold in der Welle, das Bordine 200 Mark. Gold 100 Mark erhielt. Das Schlosseramt erkannte gegen die beiden auf

je 2 Wochen Gefängnis. Der lange Verlust ein mit dem Urteil, daß die Strafe auf 1 Woche Gefängnis vermindert wurde. Seine Wirkung wurde als Beihilfe zur Unterförderung geltend gemacht. Vors. R. J. Dr. Kreis.

#### Aus Ludwigshafen.

p. Die Wohnungsnot hat hier, wie aus den letzten Stadtversammlungen hervorgeht, zu einer Krise geführt. Die französische Militärregierung verlangt, wie bereits mitgeteilt, die Bereitstellung von vorerst mindestens 40 möblierten Wohnungen für die Familien der Offiziere und Unteroffiziere. Da die Einwirkung der Stadt zur Herausgabe von Wohnungen bis jetzt studios absteht, ist, daß die Behörde die Befreiungnahmen in Aussicht stellt. In der Erwartung der Räumung durch das Reich will nun die Stadt eine Reihe von Wohnungen neu bauen im südlichen Stadtteil erstellen und diese mietnämigerig abliefern. Im Endstehen begriffen sind zur Zeit 160 Wohnungen, 227 neben der Volksbildung entgegen, was jedoch den Wohnungsmarkt immer noch nicht erhöht. Für jeden neu geschaffenen Wohnraum in Dachgeschossen will die Stadt einen Zuschlag bis zu 300 Mark für eine Höhe bis zu 400 Mark leisten. Dagegen sind für diesen Zweck 110.000 Mark zur Verfügung gestellt. Aus einem Gesamtkredit von 1.000.000 Mark werden die Mittel zur Errichtung von Heimstättensiedlungen zur Verfügung gestellt.

#### Kommunales.

**Karlsruhe.** 31. Juli. In seiner gestrigen Sitzung beschloß sich der Bürgerausschuss zunächst mit der Frage der Herstellung weiterer Wohngebäude. Zu der Vorlage des Stadtbaus über die Herstellung 8 weiterer Kleinstwohnungen auf dem Gelände der Tullnachse mit einem Aufwand von ca. 1½ Millionen Mark lag ein Antrag des Städtebauvorstandes vor, die Ausführung weiterer Kleinstwohnungen hinter der Tullnachse nicht zu genehmigen, vielmehr einen Unionskredit von 1,5 Millionen zur Herstellung von Kleinstwohnungen zur Verfügung zu stellen und eine Ausführungsart zu wählen, bei der mit diesem Betrage etwa die dreifache Zahl der in Aussicht genommenen Wohnungen errichtet werden kann. Im Laufe der Debatte einging verschiedene Abänderungsanträge ein, die sich gegen eine Beschränkung des Zusatzspanges richteten. In der Abstimmung wurde der Antrag des Stadtbaus angenommen, ebenso ein von mehreren Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands eingebrochener Antrag, ein Anhänger von 1½ Millionen zur Herstellung wesentlich billiger Kleinstwohnungen aufzunehmen. Aus der Verhältnis der Preise für Auslandslebensmittel ermächtigt der Stadtbau eine Ausgabe von weiteren 1½ Millionen Mark, die ebenfalls aus Auslandsmitteln bestritten werden muss. Bei Begehung der Vorlage kam es zu schweren Angriffen gegen das Ministerium des Innern, das sich in der Angelegenheit der Sperrung des Kustosandhauses für Karlsruhe auf die Seite der Reichsgetreidekasse stellte, und als Bürgermeister Horstmann bemerkte, ein Diktatlinienvorfahren gegen den schuligen Bürgermeister angebracht habe. Oberbürgermeister Sigrist bezeichnete die Haltung des Ministeriums als illegal und warf der Regierung Angriffe gegen das Selbstverwaltungrecht der Städte vor. Die Zwangsverpflichtung sei eine Farsce, und es sei ein Dilemma der Regierung, wenn sie glaubte, durch ihr Vorgehen die Städte unter die Fuchtel zu bringen. Nach einer sehr lebhaften Aussprache beschloß die Versammlung einstimmig, in Berlin Prozeß zu erheben und die sofortige Freigabe des Mehl's zu verlangen. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wurden sodann die 1½ Millionen für die Senkung der Lebensmittelpreise bewilligt. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wurde die Sitzung abgebrochen, um am Freitag fortgesetzt zu werden. In dieser neuen Sitzung soll auch die Theatersfrage nochmals zur Beratung kommen.

**Raibach.** 30. Juli. Der Bürgerausschuss beriet den Voranschlag für 1913. Er wurde einstimmig angenommen. Der Umfang ist für das Eigentums- und Vertriebsvermögen wurde auf 60, das Kapitalvermögen auf 30 und der Umlaufvermögens auf 100 Mark erhöht. Wie der Bürgermeister mitteilte, besteht die Abstimmung der Bürgerschule in einer Minorität umgestanden.

#### Aus dem Lande.

**Heidelberg.** 31. Juli. Den Doktorat der Rechtswissenschaft wurde dem Stud. cond. jur. G. Stöhl nach gut bestandener Prüfung von der Universität Heidelberg verliehen. Herr Stadt ist aus Riedelhausen und der Sohn des Landwirtes G. Stöhl.

**Bon.** Von der Bergstraße, 30. Juli. Die Getreidemarkt ist in vollem Gange. Das seit drei Tagen eingerückte trockene Wetter kommt sehr zu staaten. Das Regenwetter der leichtvergangenen Wochen schob die Ernte hinaus; um so erfrischter ist man jetzt um das Bergen des Getreides bemüht. Das Korn wird seit gestern eingefangen, auch die Gerste ist größtenteils gemacht und darf bei dem lichten Wetter der heimbringung unter Dach. Weizen, Spelt und Hafer gehen rasch der östlichen Reife entgegen und können mit nächster Woche auch geerntet werden. Mit Qualität und Qualität ist man recht zufrieden. Nur müßt man jetzt wieder einige Zeit trockenes, sonniges Wetter, was auch für die bis jetzt gut gediehenen Kartoffeln und den Tabak, wie auch für alle übrigen Feldfrüchte, das Gut ist. Das Ohr und die Weinberge von grünen Rüben wäre.

**Karlsruhe.** 31. Juli. Die Königin von Schweden passierte gestern nachmittag wohl 5 Uhr auf der Rückseite von Schloß Walldorf nach Schwerin den Hohenstaufenhof. Sie besuchte einen Sonderzug (dam. Vorzug), bestreift aus ihrem eigenen Hof-Salon-Wagen, einem Coupé, und zwei Personenzügen. Auf dem Bahnhof 2 boten sich Minister Dietrich, dem die Gesellschaft für auswärtige Angelegenheiten unterstehen, eingefunden, um der Königin seine Aufmerksamung zu machen. Der Minister verweilte in Bon. Beob. nahezu eine halbe Stunde im königlichen Salzwagen. Kurz vor 8 Uhr legte der Sonderzug die Reise über Frankfurt fort. In Achselbüttel, der ersten von den Kronen besetzten hellischen Station zwischen Weinheim und Frankfurt, erschien der Hof-Sonderzug einen Aufenthalt von 5 Min., da der Kommandant des Mainzer Brückenkopfes, der französische General Mangin, sich mit seinem Stade zur Begrüßung der Königin eingefunden hatte.

**Wolfsburg.** 31. Juli. Bei der Einfahrt eines Zuges sprang im letzten Zugwagen noch eine junge Bürdelin über das Gleis. Sie wurde von der Lokomotive erfaßt und sofort getötet.

\* **St. Ingbert** bei St. Ingbert, 31. Juli. Das bislitzige Kloster, das seit 1800 geschlossen war, ist wieder eröffnet worden und zwar haben dort barfüßige Schwestern aus der St. Johansklösterin in St. Ingbert ihr Heim gefunden. Es sind vertriebene Reichsbücher, meist Bader.

\* **Mülheim.** 31. Juli. Ein schweres Unglück hat sich auf dem Rhein bei Mülheim ereignet. Fünf mit Waffen aus Steinen beschäftigte Franzosen wurden in ihrem Kahn von der starken Strömung fortgerissen. Der schwer beladen Kahn sank, die Belegschaft fiel in den Fluss und sämtliche Soldaten ertranken.

#### Gerichtszeitung.

p. **Koffersandstein.** 31. Juli. Drei schwere Zungen, die schweren, Ernst Heiß und Albert Dinkel von hier, drangen am 20. Juni in die Wohnung einer Frau Reuter hierher und räubten aus einer Geldtasche einen Betrag von 150 Mark. Die Kassette vergruben sie in der Nähe von Gelsenkirchen. Reuter und Heiß wurden zu je einem Jahr, Dinkel zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ein großer Teil des Geldes war wieder beigebracht worden, was mildend ins Gewicht fiel.

p. **Saarbrücken.** 31. Juli. Das Reichsgericht hat die eingelagerte Revision des Schlosses Reinhard Welling und seines Sielebrüder Fritz Oswald, die in Sudetien den Raubmord begingen und deshalb vom Schwurgericht Saarbrücken zum Tode verurteilt wurden, verworfen.

#### Sportliche Rundschau.

p. Ein badisches Militär-Sportausschuss wurde vom Ministerium für militärische Angelegenheiten in Anlehnung an eine vom Kreisvorstand des Südwürttembergischen Fußballverbands, Geppe et Körtschau, vorgelegte Denkschrift gebildet. Militärischer Leiter ist Oberleutnant Mayer. Für jedes Battalion werden nun mehr Sportausschüsse gebildet. Die einzelnen Sportausschüsse entsenden gemeinsam einen Vertretermann, der zum Stadtkommandeurbrigade kommandiert wird. Als kommandantlicher Beirat wurde Geppe et Körtschau berufen. Ein Beirat an die einzelnen badischen Truppenteile ordnet an, daß in erster Linie Kampfspiele und besonders Fußball- und Leichtathletik zu betreiben sind. Ein Spielreglement für die Truppenteile ist in Vorbereitung.

p. Um die deutsche Wasserballmeisterschaft findet voraussichtlich am Sonntag, den 3. August ein Spiel der Vorurteile zwischen dem diesjährigen Meister im Neuen Baden, dem Heidelberg Schwimmklub "Aitor" und der vorigjährigen Mannschaft des Schwimmverein Stuttgart, der in früheren Jahren Süddeutscher Meister im Wasserballspiel war, in Karlsruhe statt. Der Sieger des Spiels wird dann in den Endspielen um die deutsche Wasserballmeisterschaft, die am 16. und 17. August in Magdeburg stattfindet, die Farben Süddeutschlands vertreten.

#### Handel und Industrie.

##### Französischer Wertpapierbörsen.

**Frankfurt.** 1. Aug. (Börs.Ztg.) Der heutige Börsenmarkt zeigt ein freundliches Aussehen, wozu die peinige Abstimmung der deutschen Republik den Anteil tut. Die beteiligten Geschäftskreise beruhigen wegen Mangel an Aufträgen eine reservierte Haltung, und die Umsätze beobachten sich auf einige Sonderpartien. Auf dem Aktienauktionenmarkt wurden Geisenkirchen zu gebotenen Kursen gehandelt 176—177. Von Oberdirektor Wettner und Oberbaron mit 127—14% niedriger. Im Verkehr der Chemischen Werke traten Schleidenanstalt 5 Proz. höher ein, dagegen schwachen sich Hartmann höchst etwas ab. Geucht waren Jellstoff Waldhof, von Elektrogiesserei blieben Schuler, ertrug und ist. Da Daimler Motoren war mögliche Abgrenzung vorhanden. Benzallinen lagen zwischen 200—210. In Petrus und Kaliwerten entwickelte sich ein geringerer Verlust. Deutsche Börse trat ein Umlauf ein, woraus diese Aktien sich um 6 Proz. auf 241 hoben. Auch für Spekulationsläufe handen in Steine Romana und Deutsche Erdöl Kursaufstellungen statt. Um Markt der Eisenbahn vollzogen sich lebhafte Umsätze in Canadas Pacific, die mit 242—246 umgingen, später jedoch schwankende Haltung einzunehmen. Deutsche Kriegsanleihe eröffnete behauptet 81% und erfuhr dann eine Abwertung bis 80. Banken und Städteanleihen lagen ruhig. Der Markt der Werte mit Einheitskursen lagen deutlich bei Hillebrand bekräftigte Tendenz. Die Börse schloß fest. Prinzipalaktien 3% Prozent.

##### Berliner Wertpapierbörsen.

**Berlin.** 1. August (Devisenmarkt)

	Gold	Brief	Gold	Brief
Konstantinopel	• •	• •	• •	• •
Holland 100 Gulden	640.00	640.50	645.00	645.50
Dänemark 100 Kronen	379.00	379.50	379.50	379.50
Schweden 100 Kronen	415.00	415.50	415.00	415.50
Norw. 100 Kronen	395.00	395.50	395.00	395.50
Schweiz 100 Franken	298.00	298.25	298.00	298.25
Ost-Ungarn 100 Kronen	43.95	44.05	43.95	44.05
Spanien	305.—	306.—	303.—	303.25
Barbaren 100 Leva	• •	• •	• •	• •
Helsingior	102.25	102.75	102.25	102.75

**Auslösung des Vorstuh- und Kreditvereins Heppenheim.**

Cl. Ossenbeck, 31. Juli. In der Generalversammlung des Vorstuh- und Kreditvereins Heppenheim wurde mit allen gegen eine Stimme befürwortet, die Genossenschaft aufzulösen und in eine Filiale der Süddeutschen Bank umzuwandeln.

##### Auflösung der Gesellschaft für Ausfuhrbewilligung aus der Schweiz.

Wie dem Genossenschaftsverband des Deutschen Großhändlers telegraphiert und Bernau gemeldet wird, bestätigt ab 1. August die Ausfuhrbewilligungen für alle Waren, die aus der Schweiz ausgeführt werden, 1%, jedoch mindestens einen Franken und höchstens 10 Franken für jed. Ausfuhrbewilligung, ausgezogene Fahrzeuge, Gewerbe und Gütermittel, sowie Güterwaren, für die besondere Genehmigung benötigt werden.

##### Auflösung der Gesellschaft für Ausfuhrbewilligung aus der Schweiz.

Wie dem Genossenschaftsverband des Deutschen Großhändlers telegraphiert und Bernau gemeldet wird, bestätigt ab 1. August die Ausfuhrbewilligungen für alle Waren, die aus der Schweiz ausgeführt werden, 1%, jedoch mindestens einen Franken und höchstens 10 Franken für jed. Ausfuhrbewilligung, ausgezogene Fahrzeuge, Gewerbe und Gütermittel, sowie Güterwaren, für die besondere Genehmigung benötigt werden.

##### Auf der Reise findet man den Mannheimer General-Anzeiger

regelmäßig in nachstehenden Bahnhofs-Buchhandlungen

Mannheim

Heidelberg

## Offene Stellen

## General-Vertretung

meines unerfahrene reisefreudigen Beauftragten, welches ich als notwendig für alle dies erwiegen hat, zu vergeben. Der Beruf wird durch geschäftsmäßige Reise und Zeitungs-Verleihung unterstellt. In Betriebsverfahren. Herren, die den Beruf auf eigene Rechnung übernehmen können, beworben. Anschriften: Angaben mit Geboten werden erlaubt unter „Märkteblatt“ S. 104“ an die Geschäftsstelle des Blattes. 622

Suche für mein Auto-Zubehörteile Geschäft einen

## kaufmännischen Lehrling

aus guter Familie mit guter Handschrift.

Bewerber wollen sich vormittags von

10-12 Uhr vorstellen bei 6058

Richard Julius Kaufmann, Friedrichsplatz 17

Für die Quersrevision eines bedeutenden Werks, das als Spezialität große Mengen Gläserne für den gesamten Automobil- und Motorradbau bearbeitet, wird ein leidiger

## Inreisser

gesucht, der in der Lage ist, genau nach Zeichnung anzurichten, sowie die großen Zubehörteile durch rationelle Kontrollmetoden aufzeichnungsgetreue Ausführung zu kontrollieren.

Bewerber, die bereits ähnliche Arbeiten in Automobilfabriken ausgeführt haben, werden gebeten, ausführliche Angaben unter Rennung der Geheimhaltungsprämie sowie des jüngsten Urkundentitans unter Z. K. 120 an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten. 4054

Wir suchen 20 fähige, angesehene

## Vertreter

zum Verkauf unserer erstklassigen, gebürtigen, ehrlichen Anhängerknopftypen „Automaten.“

Deutsche Druckknopf-Fabrik

Ad. Lehmann & Co., Bischofswerda I. S.

## Sofort gesucht

## 1 Fräulein für Korrespondenz

## 1 Fräulein für Buchhaltung

## fertige, jüngere Stenotypistinnen

mit guten Empfehlungen, auf größeres Büro. Für den Posten in der Buchhaltung sind einige Kenntnisse in der Buchführung und schöne Handschrift erforderlich. 4052

Angebote sind unter Z. J. 109 an die Geschäftsstelle dieses Blattes einzureichen.

## Rout. Klavierspieler

zu Hause gefordert. Samstag abend und Sonntag. Gut bezahlung. Röh. Kunstst. in der Geschäftsstelle. 6223

Für den Vertrieb eines neu hervorgebrachten neuen Waffenartikels (Waffenschloß 1919) für Kleinstindustrie. 6725

auch ich an allen Orten führende Vertreter. Jeder Sicherheit ist sofort Rücksicht. Tägl. leicht 50 bis 100 M. zu verd. Richtiges Betriebsspiel. 8-900 M. Angab. u. F. Z. K. 925 an Ad. Kosse, Frankfurt a. M.

Reisender

der Deutschen Kolonialwaren. Branche sofort gefordert. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Bl. 6736

Damen u. Herren

auch Kriegsbeschäd. zur Gewinnung von Abonnenten auf eine kath. Versicherungsgesellschaft in Stadt u. Land b. hoch. Verdienst gesucht. Auch als Nebenerwerb. Schrift. Angab. an die Buchhandlung. August Stein in Mannheim. Friedrichsplatz 19, id. persönl. Vorst. Samstag, den 2. August, nachm. von 1-5 Uhr. 6735

Zweit. Mädchen

bos gut nähren kann, für kleinen Haushalt gefordert. Friedberger, K. 7, 2b. Vorst.

Ordnentliches Mädchen

im Haushalt erleben, bei jedem Sohn grünkt. 6736

Lehrling

zum baldigen Eintritt wird gebraucht. W. Künstler

Schuhwaren en gros

Tiefstrasse 16.

## Neckarau.

## Ordentl. Frau

für Hausarbeit auf einige Stunden täglich vorn. gefordert. Hoeder, Rheinstraße, 5. 67255

## Stellen-Gesuche

## Kraftfahrer

## U. Motorenenschlosser

fest Stellung, event. auch als Nebenbeschäftigung gleich weiter Art. 67308

Angab. unt. A. P. 4 am

die Geschäftsstelle des Blattes.

## Kraftfahrer

gelehrter Mechaniker, Fachmann für alle Systeme, vier Jahre im Felde gewesen,

besonders geschickt. Röh. bei

Herrn Krouse, Seddinerstraße, 18. 67070

2 Mts. poliert. 67104

## Bettstellen

mit Stoß d.h. zu verstauen.

Vom 2. bis 4. April.

Angabe unter Z. X. 35

an die Geschäftsstelle des Blattes.

## Lebensmittel

sehr neu, präsentiert zu vert.

Domstraße 39, 1. Et. 60904

## Platz-Nähmaschine

Ringgerät, für Schneider

verlaufen. 67113

J. 2, 4, 6 Et. rechts.

## Weinfässer

vom 100-350 Liter billig zu

verkaufen. 67058

Waldstraße 17 part.

## Bett

gut und vollständig (Rob-

baumwolle) sowie Nach-

tischchen zu vert. 67095

Wollstraße 36, 1. Unt.

## Friseuse

Zuschneiden, licht Stellung.

Angabe unter Z. T. 119 an

die Geschäftsstelle. 6237

Verkäufe

Modern ausgestattet, rentables

## Wohnhaus

in guter Lage der Stadt zu

verkaufen. Angebote unter A. A. 41 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 62283

## Verkauf von

## 3 Wohnhäuser

in Schwaningen, zum Dreieck von 24 Mts bis 24 2/2 Fls.

Das eine befindet sich Nähe Bahnhof und ist 14 m. 15. ds. Rrs. eine Wohnung bezogen, das andere del. 67323

Peter Steil, Rheinau

Rheindorf a. D. 67094

Seelstraße 167.

## Obst- und

## Gemüse garten

ca. 1000 m² mit an-

grenz. Baumgr. sowie neu-

erbauter Stallung u. Schuppen.

Nähe Mannheim-Keltern

umständlicher fahrt zu verkaufen. Gelände mit

Gemüse angepflanzt.

Zu erfragen bei 67212

W. Schwender, Rheinau

Reichstraße 167.

## Auto!

Deutsche Brennabor, 618

P.S. offen, 4-Sitzer, Leber-

polsterung, Gummibereitung,

abnehmbare Sitzen, kompl.

Beleuchtung. Sofort Jahr-

zeitig. Aufpreis 12.000 M.

betrieblich. King. u. S. 13.

Angab. unter Z. X. 35

an die Geschäftsstelle. 62250

## Reisender

der Deutschen Kolonialwaren.

Branche sofort gefordert.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Bl. 67361

## Damen u. Herren

auch Kriegsbeschäd.

zur Gewinnung von Abonnenten

auf eine kath. Versicherungsgesellschaft in Stadt u. Land b. hoch. Verdienst gesucht. Auch als Nebenerwerb. Schrift. Angab. an die Buchhandlung. August Stein in Mannheim. Friedrichsplatz 19, id. persönl. Vorst. Samstag, den 2. August, nachm. von 1-5 Uhr. 6735

## Zweit. Mädchen

bos gut nähen kann, für

kleinen Haushalt gefordert.

Friedberger, K. 7, 2b. Vorst.

## Alleumädchen

sofort gel. 1. 11, 8: 67339

## Marengo Jackett

mit Weste, schmale Füller,

Boxcalf-Herrenstiefel, Ja.

Br. 41, G. 43, zu verkaufen.

Robellier, 27, II. 16. 66842

## Schwarzer Gehrockanzug

boxcalf Stoff (Gebunden-

ware), jetzt neu, für mittlere

Füller passend, mit Zylinder-

druck. Von 5 bis 8 Uhr abends auszuleben.

66900 Bahnhofplatz 9, 1. Et.

## 1 Bank mit Lehne,

Aufsitz u. Küchen-

stühle zu verkaufen.

66948 G. 4, 7. St. 60.

## Ladenregal

mit Schranken, für Kegaren

besonders geeignet. Röh. bei

Herrn Krouse, Seddinerstraße, 18. 67070

2 Meter poliert. 67104

## Bettstellen

mit Stoß d.h. zu verstauen.

Vom 2. bis 4. April.

Angabe unter Z. X. 35

an die Geschäftsstelle. 67278

## Schnakennetz

fest neu, präsentiert zu vert.

Domstraße 39, 1. Et. 60904

Platz-Nähmaschine

Ringgerät, für Schneider

verlaufen. 67113

J. 2, 4, 6 Et. rechts.

## Weinfässer

vom 100-350 Liter billig zu

verkaufen. 67058

Waldstraße 17 part.

## Lebensmittel

